

Niederschrift

über die 24. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Häuslingen am Donnerstag, dem 13. Dezember 2007, um 20:00 Uhr, in Groß Häuslingen, Gasthaus Meins

Anwesend:

Bürgermeisterin	Dr. Kathrin Wrobel	- Vorsitzende -
Beigeordneter	Ulrich von Behr	
Ratsherr	Jörn Dettmer	
Ratsherr	Mathias Dettmer	
Ratsherr	Thorsten Gudehus	
Ratsherr	Gernot Boeck	
Beigeordneter	Stephan Lüchau	
Ratsherr	Rolf-Joachim Rudolf	
SG-Bürgermeister	Cort-Brün Voige	- Verwaltungsvertreter -
	Peter Schneider	- Protokollführer -

A. Öffentlicher Teil der Sitzung

TOP 1.) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Bürgermeisterin Dr. Wrobel eröffnet um 20:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Häuslingen. Sie begrüßt die Sitzungsteilnehmer, die Vertreter der Presse und die Zuhörer.

Zu der heutigen Sitzung wurde unter dem 30.11.2007 ordnungsgemäß eingeladen. Die Ratsmitglieder sind bis auf die Ratsfrau Sonja Kny, die sich krankheitsbedingt entschuldigt hat, anwesend. Die Bürgermeisterin stellt die Beschlußfähigkeit des Rates der Gemeinde Häuslingen ausdrücklich fest.

Anschließend erinnert sie an den Ratsherrn Manfred Kunze, der am 19. Oktober 2007 plötzlich und völlig unerwartet verstorben ist. Bürgermeisterin Dr. Wrobel würdigt das kommunale Engagement des Ratsherrn Kunze, der sich stets tatkräftig, wenn auch nicht immer für alle bequem, für die Belange der Gemeinde eingesetzt habe und insbesondere in Angelegenheiten des Bauwesens oft einen wertvollen fachlichen Ratschlag beitragen konnte. Sein viel zu früher Tod hinterlasse eine große Lücke im Rat. Sie bittet die Anwesenden, sich zu erheben und zum Gedenken an Manfred Kunze einen kurzen Augenblick des Schweigens zu bewahren.

TOP 2.) Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung des Ratsherrn Mathias Dettmer

Als Nachrücker für das Mandat von Manfred Kunze folgt Mathias Dettmer nach, der bei der Gemeinderatswahl die nächstmeisten Stimmen auf sich vereinen konnte und das Mandat bereits durch Erklärung angenommen hat.

Bürgermeisterin Dr. Wrobel bittet den Ratsherrn Mathias Dettmer in die Mitte des Rates und verpflichtet ihn durch Handschlag förmlich gem. § 42 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO), seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Auf die Ratsmitgliedern nach den §§ 25 bis 27 NGO obliegenden Pflichten wird gem. § 28 NGO hingewiesen.

Die Verpflichtung und Pflichtenbelehrung wird aktenkundig gemacht.

TOP 3.) Benennung eines Vertreters der Bürgermeisterin im Verwaltungsausschuß als Nachfolger für Manfred Kunze und Feststellung über die geänderte Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses

Durch das Ausscheiden von Manfred Kunze aus dem Rat ist auch ein neuer Vertreter der Bürgermeisterin im Verwaltungsausschuß zu bestimmen.

Ratsherr J. Dettmer benennt den Ratsherrn Mathias Dettmer als Vertreter.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses wird wie folgt geändert:

Als Vertreter der Bürgermeisterin Dr. Kathrin Wrobel wird Ratsherr Mathias Dettmer festgestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1

TOP 4.) Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Häuslingen am 06.09.2007

Wortmeldungen:

Beigeordneter Lüchau bemängelt das die von Ihm zuletzt bemängelten Protokolle noch nicht geändert worden sind.

Bürgermeisterin Dr. Wrobel sagt zu, dieses umgehend nachzuholen.

Ratsherr Boeck sagt er habe zugesagt die Bäume zu schneiden, nicht den Feuerwehrrübungsplatz zu pflegen.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Häuslingen am 06. September 2007 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

**TOP 5.) Ausbesserung / Ausbau der Dorfringstraße
 DS 20/2007 und 24/2007**

Bürgermeisterin Dr. Wrobel erläutert die DS 24/2007. Bereits in seiner Sitzung am 06.09.2007 hatte sich der Rat nach Durchführung eines Ortstermins, bei dem geeignete Maßnahmen zur Abhilfe des derzeitigen Zustandes des Seitenstreifens der Dorfringstraße erörtert worden waren, befaßt. Die Kostenschätzung des Bauamtes der Samtgemeinde für die angedachte Maßnahme beläuft sich auf rund 7.300,00 €.

Zwischenzeitlich hat auf Anregung des Rats Herrn Kunze, der die Besichtigung durch eine Fachfirma empfohlen hatte, ein Ortstermin der Bürgermeisterin mit dem Geschäftsführer der Firma Bartz Bau GmbH stattgefunden.

Dieser empfahl, von einer Ausbesserung mit Mineralgemisch abzusehen, da dies auf Dauer den Zustand des Seitenstreifens nicht verbessern würde. Die Ausfahrungen würden nach wie vor entstehen. Die vorgeschlagene Maßnahme der Befestigung des Seitenstreifens mit Rasengittersteinen und dem Anlegen von Sickermulden hält Herr Bartz für die zweitbeste Lösung. Am nachhaltigsten wäre ein gepflasterter Randstreifen mit Regenmulde, was aber in der Ausführung wesentlich teurer würde.

Das anfallende Regenwasser könnte von den neu anzulegenden Sickermulden aufgefangen werden. Voraussetzung wäre aber auch eine Verminderung des Regenwassers, welches von den Grundstücken derzeit auf die Straße abfließt (Anbringen von Dachrinnen, Abflußrinnen in der Hopfpflasterung).

Es war zunächst angedacht, die Maßnahme als Straßenausbesserung durchzuführen, wobei den Anliegern keine Kosten entstanden wären. Eine nochmalige Prüfung durch das Bauamt der Samtgemeinde hat aber ergeben, daß es sich bei der Maßnahme, wie sie oben beschrieben ist, eindeutig um eine Verbesserung des Straßenkörpers und des Seitenstreifens handelt, von der auch die Anlieger profitieren. Nach der Straßenausbausatzung wären für eine solche Verbesserung Anliegerbeiträge zu erheben. Sollte die Maßnahme trotzdem lediglich als Ausbesserung deklariert werden, würde dies der regelmäßig durchgeführten Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt nicht standhalten. Die Folge wäre, daß eine nachträgliche Erhebung von Anliegerbeiträgen angeordnet werden würde.

Es gibt demnach zwei Alternativen:

1. Provisorische Ausbesserung mit Mineralgemisch, die ca. alle ein bis zwei Jahre wiederholt

werden müßte (Kosten wären von der Gemeinde zu tragen)

2. Ausbau in der oben beschriebenen Form mit Befestigung und Absperrung des Seitenstreifens sowie der Anlage von Sickermulden (Beitragspflichtig für die Anlieger)

Der Rat hat nunmehr darüber zu beschließen, welche dieser Alternativen verwirklicht werden soll.

Wortmeldungen:

Beigeordneter Lüchau regt an, man solle nicht warten bis etwas passiert, sondern in die Zufahrt der Familie Kautz Muldensteine legen. Dies könnte unter Umständen auch der Gemeindearbeiter machen.

Ratsherr Boeck meint, es könne eigentlich nichts passieren wenn die Gemeinde die Kosten übernimmt. Schulstraße und Mühlenweg waren auch kostenlos für die Anlieger.

Bürgermeisterin Dr. Wrobel entgegnet, man könne das nicht vergleichen, da es sich dort nur um die Kreuzungsbereiche handelte. Der eigentliche Straßenkörper sei beitragspflichtig für die Anlieger gewesen.

Ratsherr J. Dettmer meint, es sei eigentlich nur die Lösung mit den Rasengittersteinen sinnvoll. Mineralgemisch sei keine Lösung.

Beigeordneter Lüchau pflichtet bei, die Schotteralternative sei keine Alternative. Die Gemeinde sei verkehrssicherungspflichtig und daher müsse eine Ausbesserung stattfinden.

Ratsherr Boeck sagt, er habe es so mitbekommen, daß noch eine Anliegerversammlung stattfinden und der Ausbau für die Anlieger kostenlos sein sollte.

Bürgermeisterin Dr. Wrobel verneint dies. Man habe auf der stattgefundenen Anliegerversammlung lediglich zugesagt, die Ausbesserung nach Möglichkeit für die Anlieger kostenfrei durchzuführen. Dies sei aber aufgrund des Umfangs der notwendigen Maßnahmen nicht möglich, da diese eine eindeutige Verbesserung der Straßenanlage darstellten. Sie bedaure dies, aber man müsse alle Bürger bei Straßenbaumaßnahmen gleich behandeln. Zudem würde es bei einer Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt zu einer Beanstandung und Nachveranlagung der Anlieger kommen. Damit sei niemandem geholfen.

Ratsherr M. Dettmer fordert, das auch südlich der Straße etwas getan werden müsse.

Beigeordneter Lüchau stimmt dem zu. Er sagt, daß auch das Bankett auf der Südseite abgeschoben werden müsse.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Der nördliche Seitenstreifen der Dorfringstraße soll mit Rasengittersteinen befestigt und mit Sickermulden versehen werden. Es soll eine Planung hierüber erstellt werden und eine Ausschreibung stattfinden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

**TOP 6.) Ausbau der Dorfstraße in den Kreuzungsbereichen Schulstraße und Dorfringstraße
Änderung der Beschlußfassung des Rates vom 06.12.2005
DS 25/2007**

Vorliegend ist eine Abweichung zwischen der ursprünglich vom Gemeinderat festgelegten und tatsächlich erfolgten Abrechnung der Baumaßnahmen entstanden. Grund hierfür war, daß der Gemeinde Häuslingen durch den beschlossenen Zuschuß der Realgemeinde Nachteile bei der Bewilligung der Fördermittel durch das GLL entstanden wären, da diese Zuschüsse mindernd angerechnet worden wären.

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist die vom damaligen Bürgermeister Cort-Brün Voige gewählte Änderung der Abrechnungsweise als sachgerecht und für die Gemeinde vorteilhaft zu bewerten. Um der gewählten Vorgehensweise eine rechtliche Grundlage zu geben, ist eine Änderung des betreffenden Ratsbeschlusses notwendig.

Wortmeldungen:

SG-Bgm. Voige erläutert noch einmal kurz den Sachverhalt aus damaliger Sicht.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Der Beschluß des Rates der Gemeinde Häuslingen zu TOP 4.) der Sitzung vom 06.12.2005 wird wie folgt geändert:

1. Von Seiten der Realgemeinde Häuslingen erfolgen an die Gemeinde Häuslingen keine Zahlungen für den Ausbau der Kreuzungsbereiche Dorfstraße / Schulstraße und Dorfstraße / Dorfringstraße entsprechend der Vereinbarung zwischen der Gemeinde Häuslingen und der Realgemeinde Häuslingen vom 23.12.2005.
2. Im Gegenzug entfällt die Beteiligung der Gemeinde Häuslingen in Höhe von 20 % oder maximal 4.000,00 € an den Kosten für die von der Realgemeinde geplante Ausbesserung des in ihrem Eigentum stehenden Teils der Dorfstraße.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1**

**TOP 7.) Umrüstung der restlichen Straßenbeleuchtung auf Energiesparlampen
Auftragserteilung an E.ON Avacon
DS 26/2007**

Wortmeldungen:

Bürgermeisterin Dr. Wrobel gibt bekannt, daß es noch Restfördermittel gebe, die bis Ende 2007 abgerufen werden müßten. Man sollte dies nutzen um die restlichen 20 Lampen umzurüsten.

Es liegt ein Angebot der E.ON Avacon über 1846,24 € vor.

Ratsherr J. Dettmer fragt ob die Umrüstung noch in diesem Jahr stattfinden soll.

Bürgermeisterin Dr. Wrobel bejaht, dies sei notwendig, um die Förderung zu erhalten.

Beigeordneter Lüchau fragt, ob der Satz in der Fußnote, daß die Avacon keine Gewährleistung übernimmt, nur auf die ersten 8 Lampen zutrifft.

Bürgermeisterin Dr. Wrobel bejaht dies.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

An die E.ON Avacon AG wird der Auftrag zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf Energiesparlampen gemäß des Angebots vom 15.10.2007 erteilt. Der Kofinanzierungserklärung in Höhe von 1.846,24 € an die Samtgemeinde Rethem wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0**

**8.) Änderung des Flächennutzungsplanes
Antrag auf Erweiterung der Fläche für das Gewerbegebiet
DS 28/2007**

Bürgermeisterin Dr. Wrobel erläutert die DS 28/2007, wonach sich ein Investor für die Errichtung eines Photovoltaik-Parks auf den Flächen des Gewerbegebiets am Lehdeberg interessiert. Die vorhandenen Flächen seien jedoch zu klein, weshalb eine Erweiterung der Gewerbefläche im Flächennutzungsplan beantragt werden soll.

Hinsichtlich der zur Beantragung bei der Samtgemeinde angemeldeten Flächen zur Erweiterung der gewerblich nutzbaren Fläche habe es im Vorfeld Irritationen gegeben, da ursprünglich auch die Flächen östlich des Weges Twachte von der Gemeinde auf Vorschlag des Investors angemeldet worden seien. Diese Flächen seien aber durch den Samtgemeindeausschuß nicht für eine Erweiterung aufgenommen worden. Zur Begründung wurde angegeben, daß der Landkreis einer derart flächenintensiven Vergrößerung der Gewerbefläche zur Zeit ablehnend gegenüberstehe.

Um die Durchführung der F-Plan-Änderung insgesamt nicht zu gefährden, wurde mit der Gemeinde eine Einigung dahingehend erzielt, daß sich der Erweiterungsantrag zunächst nur auf die Fläche Braake westlich des Weges Twachte beschränken soll. Dies ergäbe für einen PhV-Park eine nutzbare Fläche von ca. 15 ha. Der SG-Rat hat auf seiner gestrigen Sitzung einem entsprechenden Antrag an den Landkreis unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Rates der Gemeinde Häuslingen zugestimmt.

Bei einem konkreten Erweiterungsbedarf in der Zukunft habe der SG-Rat zugesagt, sich mit diesem Antrag wohlwollend zu befassen. Es sei von Seiten der Samtgemeinde keinesfalls beabsichtigt, die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde Häuslingen zu behindern.

Ein Gespräch mit dem Vertreter des Investors, Herrn Dipl.-Ing. Addix, habe ergeben, daß die nach Genehmigung der Erweiterung der Gewerbefläche zur Verfügung stehende Fläche von 15 ha zunächst ausreichend sind, so daß auch von dieser Seite bei einer Beschränkung des Antrages auf die Fläche Braake das Gesamtvorhaben nicht gefährdet sei.

Bürgermeisterin Dr. Wrobel bittet Herrn Addix, das Projekt dem Rat vorzustellen.

Herr Addix teilt mit, daß er aufgrund seiner vorhergehenden Tätigkeit in der Region auf die Fläche Braake gestoßen sei. Auf diesen ca. 14 ha wäre eine Leistung von etwa 4,5 bis 4,9 MW möglich. Er habe sich dann überlegt, daß es sinnvoll sei, auch die Flächen östlich des Weges mit dazuzunehmen. Dies würde eine Fläche von ca. 30 ha ergeben. Auf dieser ließe sich eine Jahresleistung von etwa 10 MW erzielen. Diese wäre ausreichend um 2700 bis 3000 Haushalte mit Strom zu versorgen. Das Investitionsvolumen läge bei der kleinen Lösung (nur Fläche Braake) bei etwa 20 Mio €, bei der großen (zuzügl. Flächen östlich des Weges) etwa 40 Mio €.

Die von ihm avisierte Firma verfüge über ausreichend Erfahrung mit Großflächenanlagen und möchte sich vergrößern. Zuliefer- und Montagebetriebe sollen, soweit möglich, regionale Firmen sein. Investoren sollen möglichst über die Grundeigentümer und einen Bürgerfonds, an dem Beteiligungen erworben werden können, gefunden werden.

Ratsherr M. Dettmer fragt, was für finanzielle Auswirkungen das Projekt für die Gemeinde habe. Herr Addix antwortet, die Gemeindefläche solle möglichst über einen Bürgerfonds mit Anteilen ab 50.000 Euro finanziert werden. Die Größe des Fonds stehe noch nicht fest. Die Rentabilität läge bei 5 – 6% bei 100 % Finanzierung.

SG-Bgm. Voige ist irritiert über die Zahlen. Der größte ihm bekannte PhV-Park leiste auf einer Fläche von 13,6 ha 2 MW. Er fragt an, wie dann auf 14 ha ca. 4 MW erzielt werden sollen. Herr Addix antwortet, er habe die Zahlen nicht geprüft. Sie seien Firmenangaben. Die Leistung von 1,5 MW pro 5 ha passe nicht zu den Zahlen von SG-Bgm. Voige. Gemäß den Angaben von zwei voneinander unabhängigen Herstellern passe die von ihm vorgestellte Rentabilität. Eine Rentabilitätsrechnung über 20 Jahre werde vorgelegt.

Beigeordneter von Behr merkt an, die Renditen seien seiner Meinung nach richtig angegeben, die Leistung der Anlage aber nicht.

Herr Addix erwidert auf eine Frage, es würden keine Flachmodule, sondern kristalline Zellen eingebaut, welche eine kontinuierlichere Leistung erbringen würden.

Wegen des großen Interesses läßt Bürgermeisterin Dr. Wrobel in vom Rat gebilligter Abweichung von der Geschäftsordnung Fragen von den Zuhörern zu.

Herr Dipl.-Ing. Zeh fragt nach den Leistungen von vorhandenen Anlagen. Ratsherr J. Dettmer fragt, warum man gerade auf Häuslingen gestoßen sei. Herr Addix erwidert, daß das Aller-Leine-Tal für seine Aufgeschlossenheit gegenüber regenerativen Energien bekannt sei. Häuslingen verfüge über magere Böden, weshalb ein PhV-Park größere Erträge für die Grundeigentümer erbringe als Bodenbearbeitung.

Ratsherr M. Dettmer fragt, ob durch den Investor Gewerbesteuererträge eingenommen würden. Ferner möchte er wissen, wer Investor und wer Betreiber sei. Herr Addix antwortet, daß der Investor auch der Betreiber sei. Man wolle den Grundeigentümern Meier und Fröhlich dementsprechende Angebote machen und sehen, wie groß das Interesse ist. Er halte es für sinnvoller, wenn die Betreiber aus der Umgebung kämen.

SG-Bgm. Voige äußert, ihm sei die Idee eines Bürgerfonds sympathisch. Die Konzentration auf eine Fläche mache aus Kostengründen Sinn. Man sollte einen Bürgerfonds allerdings auch mit Anteilen unterhalb von 50.000 € in der Region auflegen. Herr Addix bemerkt, dies träfe zunächst nur für die Gemeindefläche Braake zu.

Herr Addix antwortet auf eine Frage nach dem Anschluß an die Leitung des Elektrizitätsversorgers, wenn für die große Fläche ein Umspannwerk gebaut werden müsse, sei diese nicht rentabel. In diesem Fall käme nur die kleine Lösung für die Fläche Braake zustande.

SG-Bgm. Voige fragt, wann ein ausgearbeitetes Konzept vorliegen könne. Dies ist laut Herrn Addix Anfang 2008 (Februar 2008) möglich.

Herr Fröhlich jun. meint, die Gewerbefläche wäre ursprünglich für Biogas und Industrie geschaffen worden. Er fragt ob noch Flächen für weitere Betriebe freigegeben werden sollen und ob nicht auch Flächen für Windenergie freigehalten werden sollten. Bürgermeisterin Dr. Wrobel erklärt, die Änderung des F-Planes sei nur ein erster Schritt. Es blieben alle Optionen offen.

Herr Fröhlich jun. fragt, ob die 8. Änderung des F-Planes entfällt und ob Biogasanlagen entfallen würden, wenn der PhV-Park gebaut werde. Ratsherr Gudehus antwortet, so lange es freie Flächen gebe, sei alles möglich. Es gehe derzeit lediglich um eine Erweiterung der Gewerbeflächen.

Herr Fröhlich jun. fragt, ob die 8. Änderung unwirksam sei oder ob es eine weitere Änderung gebe SG-Bgm. Voige erwidert, die 8. Änderung liege derzeit auf Eis und gibt dazu eine kurze Erläuterung. Weiterhin gibt er zu bedenken, daß mit der Änderung des F-Planes keine Nutzung eingeschränkt werde. Die 10. Änderung beinhalte lediglich die Erweiterung des Gewerbegebietes. Wenn die Flächen belegt sind und wenn konkrete Nachfragen für weitere Flächen vorlägen, könne es auf Antrag der Gemeinde zu einer Aufnahme weiterer Flächen durch den SG-Rat kommen.

Herr Fröhlich jun. fragt, wie die Gemeinde, bzw. die Samtgemeinde zur Windenergie stehe. Bürgermeisterin Dr. Wrobel erwidert, daß es vorliegend um eine PhV-Anlage gehe und diese Anfrage jetzt zu weit führe. Es gäbe derzeit keine konkreten Projekte.

Ratsherr M. Dettmer fragt nach den Auswirkungen von Beschattung der Flächen durch Bebauung. Herr Addix antwortet, diese Einwirkung könne mit konkreten Berechnungen bestimmt und berücksichtigt werden.

Beigeordneter von Behr fragt nach dem zeitlichen Ablauf. Herr Addix erwidert, man könne 2009 beginnen. Beigeordneter von Behr gibt zu bedenken, ab 2009 werde die derzeitige hohe Einspeisevergütung nicht mehr gezahlt. Herr Addix gibt zu, daß das Projekt mit der für 2008 gültigen Einspeisevergütung berechnet sei. Er meint aber, daß alles vom Verwaltungsaufwand abhängig sei. Die Erstellung der Anlage an sich könne sehr schnell, also möglicherweise noch in 2008, erfolgen.

Auf die Frage von Ratsherr Gudehus zur Bonität antwortet Herr Addix, daß noch keine Bonitätsprüfung durchgeführt wurde.

Herr Voige fragt ob der Grundeigentümer dem Projekt zustimmen müsse. Herr Addix antwortet, dies sei immer Grundvoraussetzung.

Herr Fröhlich jun. wirft ein, er habe einen Anruf bekommen, daß sich der Rat in dieser Sitzung mit Windenergie befassen würde. Bürgermeisterin Dr. Wrobel bricht die Diskussion mit den Zuhörern hier ab.

SG-Bgm. Voige regt an, die Änderung des F-Planes zeitnah umzusetzen.

Ratsherr M. Dettmer teilt mit, daß er sich als Ratsherr im Interesse der Gemeinde für die Änderung des F-Planes ausspreche, persönlich sei er jedoch wegen des Flächenverbrauchs gegen einen PhV-Park.

Bürgermeisterin Dr. Wrobel bedankt sich bei Herrn Addix

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Die Gemeinde Häuslingen beantragt bei der Samtgemeinde Rethem im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplanes, folgende, in der beiliegenden Flurkarte markierten Flächen zusätzlich als Gewerbeflächen zur Errichtung eines Photovoltaik-Parks in der Gemarkung Häuslingen auszuweisen:

Gemarkung Groß Häuslingen, Flur 1, Flurstück 167/1 (sog. Braake)

Die Gemeinde erklärt, daß bei Auslastung des vorhandenen Gewerbegebietes zeitnah ein Antrag auf Erweiterung der gewerblich nutzbaren Fläche bezüglich der Flurstücke

Gemarkung Groß Häuslingen, Flur 2:

Flurstück 151/6

Flurstück 54

Flurstück 53

Flurstück 52

Flurstück 51

Flurstück 50

Flurstück 49

Flurstück 48

bei der Samtgemeinde gestellt werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

Bürgermeisterin Dr. Wrobel schlägt vor, die Beratung über die Aufhebung des Beschlusses über die Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Häuslingen vom 06.09.2007 über die Einführung eines Umlaufverfahrens für Ratsbeschlüsse, bisher TOP 13.), vor die Bekanntgaben zu TOP 9.) vorzuziehen.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Die vorliegende Tagesordnung wird für die heutige Sitzung im öffentlichen Teil wie folgt geändert:

Der bisherige TOP 13.), Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Häuslingen vom 06.09.2007 über die Einführung eines Umlaufverfahrens für Ratsbeschlüsse

wird vor den bisherigen TOP 9.) Bekanntgaben vorgezogen. Der bisherige TOP 9.) wird TOP 10.) etc.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 9.) Aufhebung des Beschlusses über die Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Häuslingen vom 06.09.2007 über die Einführung eines Umlaufverfahrens für Ratsbeschlüsse

Bürgermeisterin Dr. Wrobel erläutert, daß die Kommunalaufsicht mitgeteilt habe, daß man dort ein Umlaufverfahren für Ratsbeschlüsse für unzulässig halte. Eine Rechtsgrundlage finde sich in der NGO lediglich für Beschlüsse des Verwaltungsausschusses, nicht aber für Ratsbeschlüsse. Die Bürgermeisterin hält Umlaufbeschlüsse für in Ratsangelegenheiten im Gegensatz dazu für zulässig, es mach aber keinen Sinn, sich hier mit der Kommunalaufsicht möglicherweise längere Zeit herumzustreiten. Falls ein dringlicher Beschluß anstehe, werde sie dann eben kurzfristig den Gemeinderat einberufen, auch wenn es sich nur um einen TOP handelt.

Beschluß:

Der Rat der Gemeinde Häuslingen beschließt:

Der Beschluß des Rates der Gemeinde Häuslingen über die Einführung eines Umlaufverfahrens für Ratsbeschlüsse vom 06.09.2007 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

TOP 10.) Bekanntgaben

1.
Die Unterlagen hinsichtlich des Raumordnungsverfahrens Landschafts- und Freizeitsee liegen noch bis zum 20.12.2007 während der Öffnungszeiten des Kindergartens im Gemeindebüro für interessierte Einwohnerinnen und Einwohner zur Einsichtnahme aus.
2.
Die Straßenschwellen zur Verkehrsberuhigung sind vor zwei Tagen endlich angeliefert worden und sollen bei offenem Wetter noch im Dezember montiert werden.
3.
Bezüglich des Themas Flurbereinigung hat eine Informationsveranstaltung stattgefunden, die ergeben hat, daß in kleineren Bereichen Bedarf für eine Flurneuordnung gesehen wird. Es wurden für Klein Häuslingen und Groß Häuslingen zwei Arbeitsgruppen gebildet, die sich im nächsten Jahr zusammen mit dem GLL über mögliche Maßnahmen beraten werden.
4.
Der Spendenstand für die Glocke beträgt aktuell 4.145,00 €.

TOP 11.) Anfragen der Ratsmitglieder

Wortmeldungen:

Beigeordneter Lüchau fragt an, ob es möglich sei, für die Fraktionen eine Liste zu erstellen, in der die Vereinbarungen zwischen Rat und Realgemeinde und andere Verträge festgehalten sind. Bürgermeisterin Dr. Wrobel sagt, dies sei äußerst aufwendig. Bestimmte Vorgänge und Verträge seien im Gemeindebüro auf Anfrage gerne für alle Ratsmitglieder einsehbar. Alles herauszukopieren wäre jedoch ein riesiger Aufwand. Beigeordneter Lüchau teilt daraufhin mit, er wolle keinen weiteren Verwaltungsaufwand veranlassen. Es sei nur eine Idee gewesen, um den Ratsmitgliedern einen besseren Überblick zu verschaffen.

Beigeordneter Lüchau fragt an, ob nach der Bekanntmachung Hunde nachgemeldet worden seien und ob es eine Liste gebe, in der Hundesteuerzahler aufgeführt seien. Bürgermeisterin Dr. Wrobel erwidert, es gebe eine Liste, die aber wegen des Steuergeheimnisses nicht öffentlich gemacht werden könne. Es seien ihrer Kenntnis nach auch keine Hunde nachgemeldet worden.

Beigeordneter Lüchau beklagt, beim Bau der Schutzhütte fände nichts mehr statt, da keine Kinder mehr kämen. Er fragt, ob jemand bereit wäre, weitere Kinder zu motivieren. Beigeordneter von Behr erwidert, an den letzten beiden Samstagen seien Kinder dagewesen,

der Beigeordnete Lüchau habe aber gefehlt und auch keine Telefonnummer hinterlassen, unter der man ihn erreichen könnte.

Beigeordneter Lüchau sagt, er habe seine Tätigkeit eingestellt, nachdem er immer alleine dort war. Er habe den Kindern gesagt, sie sollen ihn anrufen wenn sie arbeiten wollten, er würde dann kommen.

Beigeordneter von Behr meint, Herr Lüchau solle einen Zettel aushängen, wann gearbeitet werden soll, denn die Jugendlichen hätten viele Interessen, die es abzustimmen gelte. Er sehe aber ein, daß die Situation insgesamt unbefriedigend sei. Der Beigeordnete Lüchau habe sich damals quasi als Leiter der Erdarbeiten angeboten und angefangen. Zuerst seien viele Jugendliche dagewesen, jetzt aber nicht mehr. Der Beauftragte für Jugendliche, Herr Frank Bartsch, sagt zu, er wolle weiter versuchen, die Kinder zur Mithilfe anzuregen, dies sei aber sehr schwierig.

TOP 12.) Einwohneranfragen

Herr Frank Bartsch wirft dem Beigeordneten Lüchau vor, sich zu kraß auszudrücken. Er könne mit Jugendlichen nicht umgehen. Es artet in einen Streit zwischen Herrn Bartsch und dem Beigeordneten Lüchau aus. Bürgermeisterin Dr. Wrobel ruft die beiden zur Ordnung und fordert sie auf, zu einer sachlichen Diskussion zurückzukommen.

Beigeordneter Lüchau sagt abschließend zu, Herrn Bartsch Bescheid zu geben, wenn er nicht mitarbeiten könne. Ansonsten solle Herr Bartsch Herrn Lüchau anrufen.

Beigeordneter Lüchau fragt was aus dem Ausbau der Krippenplätze geworden sei. Bürgermeisterin Dr. Wrobel sagt, daß die Bedarfsplanung erst abgeschlossen werden müsse.

Herr Fröhlich jun. fragt an, wann man ein Gespräch mit der Bürgermeisterin führen könne. Bürgermeisterin Dr. Wrobel antwortet, es gebe keine festen Sprechzeiten, sondern Termine nach Vereinbarung. In den Schaukästen für amtliche Mitteilungen seien die Telefonnummern, unter denen man sie erreichen könne, ausgehängt. Herr Fröhlich jun. kündigt an, er wolle die Geschichte mit der Windenergie nicht im Raum stehen lassen und deshalb mit der Bürgermeisterin ein persönliches Gespräch führen.

Ende der öffentlichen Sitzung:

22:00 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung:

22:05 Uhr

Dr. Kathrin Wrobel
Bürgermeisterin

Peter Schneider
Protokollführer